

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,  
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Als Rainer Maria Rilke im November 1902 die Menagerie im Jardin des Plantes in Paris besuchte beeindruckte ihn vor allem ein Panther, der kraftvoll aber eingeschränkt in seinem Käfig Kreise drehte und dessen Gedanken er im Gedicht so zusammenfasste:

„...ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe,  
Und hinter tausend Stäben keine Welt.“

Warum fallen mir diese Zeilen ein, wenn ich zusammen mit der Verwaltung den Haushaltsplan 2024 und die mittelfristige Planung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Stadtwerke und Abwasserbeseitigung einzubringen habe? Es ist die Analogie zwischen eines seiner Freiheit beraubten Lebewesens und unserer heutigen Gesellschaft - zugegeben mit dem nicht unwesentlichen Unterschied, dass wir unsere Gitterstäbe selbst bauen. Wir nennen das dann Bürokratie, die wir wortreich beklagen um sie gleichwohl einzufordern, wenn sie unserem individuellen Interesse nützlich erscheint. Subsidiarität, Konnexität und Eigenverantwortung werden so zu Worthülsen, weil sie zwar oft benutzt aber nicht gelebt werden. Und so werden wir zu einer Gesellschaft, die die Kraft, die in ihr steckt nicht mehr für den gemeinsamen Fortschritt, sondern nur noch nach individuellen Vorteilen einsetzt - und sich damit lähmt und blockiert.

Wenn wir also in dieser Situation mehrjährige Finanzplanungen machen, dann muss uns bewusst sein, dass diese Planungen, wenn sie dem kommunalen Fortschritt dienen sollen, nicht immer und überall auf Gegenliebe treffen werden. Uns muss bewusst sein, dass kommunaler Fortschritt nur durch kommunale Gemeinschaftsleistung erreicht werden kann - finanziell, personell und ideell.

Wir haben uns mit dem Baugebiet südlich des Bahnhofes, mit dem Einzelhandelsstandort an der Wagnerstraße, mit der neuen Unterbringung der Feuerwehr und der Erweiterung des Gewerbegebietes für Bauhof und Stadtwerke sowie der damit einhergehenden Umgestaltung der Daimlerstraße ein großes Investitionsprogramm vorgegeben, das teilweise innerhalb des Planungszeitraum, teilweise auch darüber hinaus und ergänzt durch die Sanierung der Steingartenschule, den Neubau des Wasserhochbehälters Marren, der

Sanierung der Turn - und Schwimmhalle und der Anlegung eines Kunstrasenplatzes eine immense Anstrengung auferlegt, die in vielfältiger Hinsicht Engagement und Augenmaß erfordert. Wir alle sind gefordert, das Gemeinsame dieser Vision im Auge zu behalten und nicht nur den Einzelinteressen von Personen und Personengruppen nachzugehen. Jedes dieser Projekte, und erst recht alle zusammen entstammen nicht den Wünschen von Gemeinderat oder Stadtverwaltung, sondern sie entstammen den als notwendig erkannten Bedürfnissen der Gesellschaft im Ganzen. Wenn wir die Gesellschaft kohärent und zukunftsfähig gestalten wollen, dann kann das nur im Zusammenwirken der Einzelmaßnahmen gelingen - und dazu bedarf es natürlich auch finanzieller Mittel, die im kommunalen System nur von den Bürgerinnen und Bürgern über direkte und indirekte Steuern und Abgaben erwirtschaftet werden können. Deshalb haben wir bereits beschlossen, die Grundsteuer zu erhöhen und es ist auch vorgesehen, den Preis für den Bezug von Frischwasser zu erhöhen. Und wir werden ganz sicher im Laufe der kommenden Monate auch die Gebührenhaushalte genauer betrachten und deren jeweilige Deckungsquote auf Angemessenheit prüfen. Zu denken ist dabei an das Bestattungswesen ebenso wie an die Musikschule, an Betreuungsleistungen in den Schulen ebenso wie an Freiwilligkeitsleistungen und Öffnungszeiten des Rathauses. Leitender Grundgedanke dabei muss sein, dass sich kommunale Dienstleistungen an der Nachfrage orientieren und für deren Inanspruchnahme ein Entgelt erhoben wird, das die Kosten der Dienstleistung in vertretbarem Maß abdeckt. Das müssen nicht immer 100 % sein, aber es muss der Konsens bestehen, dass individuelle Leistungen auch individuell bezahlt werden müssen. Nur dort, wo aus erkennbaren sozialen Gründen das Engagement der Allgemeinheit gerechtfertigt ist, sind Abweichungen und Ausnahmen möglich und sinnvoll.

Wenn wir in den nächsten Jahren wieder neue Darlehen aufnehmen müssen, dann geht auch dem ein gründlicher Überlegungsprozess voraus, der sich am Maßstab der Generationengerechtigkeit orientiert. Wer diese Gerechtigkeit ernst nimmt muss abwägen, ob Darlehen, die in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen oder ein gegebenenfalls Nicht-Erledigen von Aufgaben für kommende Generationen eine bessere Basis darstellen. Dieses Spannungsverhältnis ist immer wieder zentraler Diskussionspunkt in den Beratungen und der Haushaltsentwurf sieht auch in diesem Punkt eine kompromissgeprägte Linie vor. Die Verschuldung der Stadt konnte in den vergangenen

Jahren deutlich abgesenkt werden und so erscheint eine überschaubare Neuverschuldung für Zukunftsinvestitionen durchaus gerechtfertigt.

Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass wir einen Ergebnishaushalt vorweisen können, der auch nach Verbuchung der Abschreibungen und Einbeziehung der Tilgungsleistungen Investitionsmittel erwirtschaftet und so sicherstellt, dass der laufende Betrieb aus laufenden Einnahmen gedeckt ist. Dies ist eine solide Basis. Dass uns - und das keineswegs erst in diesen Jahren - die klassischen Ersparnisse, genannt Rücklagen, fehlen, um allein daraus die notwendigen Investitionen zu tätigen ist der seit Jahrzehnten bekannten deutlich unterdurchschnittlichen Steuerkraft unserer Stadt geschuldet, aber auch zu diesem Thema haben wir in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert und entschieden. Zusätzliche Einnahmen kommen von zusätzlichen, gut beschäftigten Einwohnern, von zusätzlichen Gewerbebetrieben und von der Ausnutzung staatlicher Förderungen. Letzteres ist uns in den vergangenen Jahren schon immer wieder bestens gelungen und so lange es möglich ist, Investitionen mit bis zu 90% gefördert zu bekommen müssen wir unsere Arbeit und unsere Prioritäten auch danach ausrichten. Aus diesem Grund müssen wir uns auch die Freiheit nehmen können und dürfen, im Planungszeitraum vorgesehene Investitionen in ihrer zeitlichen Rangfolge zu verschieben. Lassen sie mich das ganz konkret am Beispiel der Steingartenschule verdeutlichen: wir haben dieses Projekt aufgeschoben, weil sowohl die konzeptionellen Vorgaben im Hinblick auf die verbindliche Ganztagesbetreuung als auch die externen Finanzierungsmittel nicht sichergestellt sind. Außerdem ist die Frage der möglichst wirtschaftlichen Interimsunterbringung der Schülerinnen und Schüler noch nicht befriedigend geklärt. Sollten sich diese derzeit noch offenen Fragen kurzfristig klären und sich aus möglichen Zuschussbescheiden andere Zeitplanungen ergeben, muss selbstverständlich eine Verschiebung anderer Maßnahmen geprüft werden.

Aufgaben gibt es regelmäßig genug und es ist deshalb besonders wichtig, dass wir ausreichend vorausdenken und Pläne vorbereitet haben, wenn die Förderungen dazu aufgerufen werden. So bleiben neue Bebauungspläne auch für Energieerzeugungsanlagen und innerstädtische Wohnungsbauprojekte ebenso auf der Tagesordnung wie die Entwicklung der Lauterterrassen und die Innenstadtentwicklung. Der Ausbau der Kinderbetreuung in KiTas und Schulen wird uns auch weiterhin beschäftigen und auch die Digitalisierung der Verwaltung ist zusammen mit dem Glasfaserausbau eine wesentliche

Zukunftsaufgabe. Dass wir dazu sachkompetentes und engagiertes Personal brauchen, ist unbestritten, und deshalb ist es auch kaum verwunderlich, dass die Personalausgaben eine immer größere Position in der Haushaltsrechnung einnehmen. Wenn wir aber leistungsfähig bleiben wollen, dann sind gute Bezahlung und vernünftige Arbeitsbedingungen unabdingbare Voraussetzungen.

Wenn wir uns dies in einer Zeit bewusst machen, die von Mangel an Fachkräften geprägt ist, dann wird umso deutlicher, wie wichtig es ist, gutes Personal zu halten. Und auch das ist uns trotz gesteigener Fluktuation bisher vernünftig gelungen.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass der Haushalt 2024 geprägt ist von dem Willen, das Notwendige und Sinnvolle möglich zu machen und sich im Rahmen bestehender Normen bestmögliche Freiheiten und Entwicklungsperspektiven zu sichern. Dass wir diesen Plan so entwickeln konnten, dafür sage ich allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und namentlich unserem Kämmerer Thomas Klein ein herzliches Dankeschön und bin sicher, dass sich auf dieser Basis auch für sie als Stadträte eine gute Kommunalpolitik entwickeln lässt. Gerade im Jahr der Kommunalwahl kann dies auch ein wirkungsvolles Signal an diejenigen sein, die sich noch überlegen, an diesen Zukunftsaufgaben verantwortlich mitzuwirken. Zugegeben, Kommunalpolitik bedeutet Arbeit und Mut, aber wer beides aufbringt hat die Chance zu gewinnen. Wer es nicht tut, der hat von vornherein verloren. Und wer wollte dazu schon gehören? Wir Donzdorfer ganz sicher nicht.